

Hands off Venezuela - US-Imperialismus raus aus Südamerika!

Von Jona Everdeen, Dezember 2025, Lesezeit 11 Minuten

Mit der Beschlagnahmung eines venezolanischen Öltankers und der Drohung man wolle „Drogenhandel bald auch auf dem Landweg stoppen“, erreicht das Trumpsche Säbelrasseln gegen Venezuela ein neues Eskalationslevel nach dem anderen. Ein offener Angriff auf den Venezolanischen Staat ist jederzeit möglich, während völkerrechtswidrige Mordanschläge auf die Besatzung angeblicher „Drogenboote“ (teils nachweislich Fischer:innen) aus Venezuela und Kolumbien bereits dutzende Opfer forderten. Doch wie kommt es zur Trump'schen Kanonenbootdiplomatie in der Karibik, und was sind Trumps Ziele?

Der US-Imperialismus und Lateinamerika

Ganz Süd- und Mittelamerika sowie die nicht direkt kolonialisierten Teile der Karibik gelten eigentlich schon seit Beginn der imperialistischen Epoche als „Hinterhof der USA“: So erlangten die meisten dieser Staaten ihre Unabhängigkeit von Spanien mit Unterstützung der USA. Dadurch wurden sie frei, allerdings nur auf dem Papier: Wirtschaftlich waren sie nämlich abhängig vom US-Kapital, das mächtiger war als das eigene. Mitte des 19. Jahrhunderts stellte sich Mexiko kurzfristig den USA entgegen, wurde aber vernichtend geschlagen. Dadurch verlor es die heutigen südwestlichen Staaten der USA. In Zeiten, wo die europäischen Mächte darum stritten, wer Afrika und Asien kolonial unterwerfen „durfte“, schuf die USA sich hier bereits eine riesige halbkoloniale Einflusssphäre, die die europäischen Mächte weitestgehend respektierten.

Im 20. Jahrhundert, besonders nach dem 2. Weltkrieg, regte sich immer wieder Widerstand gegen die de facto US-Herrschaft und ihre autoritären

und korrupten Marionettenregime. Die Kubanische Revolution 1953-59 läutete eine Zeit ein, in der in vielen Ländern (meist maoistisch orientierte) Guerillastrukturen, wie die Sandinist:innen in Nicaragua, die Tupamaros in Uruguay oder die FARC in Kolumbien, einen bewaffneten Kampf begannen. Auch linksreformistische Bewegungen gewannen immer wieder Wahlen, wurden jedoch dann von der Reaktion, mit Hilfe der USA (insbesondere durch die CIA) brutal niedergeworfen. Das bekannteste Beispiel dafür ist wohl Chile, wo mit CIA Rückendeckung Augusto Pinochet den linkssozialdemokratischen Salvador Allende putschte und tausende linke Arbeiter:innen massakrierte. Manchmal, wie in Panama 1989, Grenada 1983 oder in der Dominikanischen Republik 1965, griffen US-Truppen auch aktiv militärisch in die Politik von Ländern in Süd- und Mittelamerika sowie der Karibik ein. In dieser Zeit bestand der Fokus vor allem darin, eine Ausbreitung sozialistischer Ideen oder gar von Arbeiter:innenstaaten wie Kuba um jeden Preis zu verhindern. Auch im Kontext der Blockkonfrontation mit der Sowjetunion, die jedoch nach der „Kubakrise“ sehr passiv agierte und Bewegungen lieber im Stich ließ, als eine direkte Konfrontation mit den USA zu riskieren. An einer Ausbreitung des Sozialismus hatte die post-stalinistische Bürokratie ohnehin kein Interesse.

Seit einiger Zeit hat sich die Lage jedoch wieder gewandelt. Auf der imperialistischen Bühne sind mit Russland und China nun neue Konkurrent:innen entstanden, die die westliche Vorherrschaft offen anfechten. Inzwischen ist das Modell der Halbkolonie das übliche der imperialistischen Herrschaft, echte Kolonien sind Ausnahmefälle (wie die US-Kolonie Puerto Rico in der Karibik, die nun Truppenaufmarschgebiet ist). Doch das bedeutet, dass es deutlich einfacher ist für „Newcomer“, bestehende Einflusssphären in Frage zu stellen. Und so tut es China, und im viel kleineren Maße auch Russland. Nicht nur in Asien und Afrika, sondern auch in Lateinamerika. In immer mehr Staaten wird China zum größten Handelspartner, verdrängt chinesisches Kapital jenes aus den USA. Und gefährdet damit, den „Hinterhof“ des US-Imperialismus zu übernehmen. Insbesondere Venezuela spielt dabei eine zentrale Rolle.

Die Rolle Venezuelas

Venezuela ist den USA schon lange ein Dorn im Auge. Während in allen anderen größeren Staaten zumindest ein gewisses Gleichgewicht zwischen dem Einfluss der USA und China besteht, steht Venezuela unter Maduro eindeutig auf Seiten des „östlichen“ Imperialismus. Es unterhält enge Verbindungen zu China, Russland und sogar der verfeindeten Regionalmacht Iran. Die einzigen anderen eindeutig pro-„östlichen“ Staaten in der Region sind Kuba und Nicaragua, beide wirtschaftlich relativ unbedeutend (was nicht heißt, dass sie keine Angriffsziele werden könnten).

Der Grund dafür ist in der Bolivarischen Revolution zu suchen, die unter Hugo Chàvez 1999 die Politik im zuvor eng mit den USA verbündeten Staat umkrempelte. Er führte eine relativ radikale linkspopulistisch-reformistische Politik durch, gab dem Land eine neue Verfassung und verstaatlichte Schlüsselsektoren der Wirtschaft wie den Energie-, Agrar- und Schwerindustriebereich. Dies muss jedoch als reformistisch-staatskapitalistisch betrachtet werden. Wenngleich sich Chàvez die venezolanische Bourgeoisie zum Feind mache, versuchte er nicht, sie endgültig zu entmachten und einen Arbeiter:innenstaat zu errichten.

Insbesondere nach Chàvez Tod 2013 degenerierte das „sozialistische“ Venezuela unter seinem Nachfolger Maduro immer weiter zu einer bonapartistischen Diktatur, die im Interesse einer bürokratischen Clique, der loyalen Teile der Bourgeoisie und zunehmend des russischen wie chinesischen Imperialismus, und sicher nicht des venezolanischen Proletariats, Politik betrieb. Auch wenn die Vorwürfe von Wahlfälschung von der reaktionären Opposition genutzt werden, so der jüngsten „Friedensnobelpreisträgerin“ María Corina Machado, sind sie sicher nicht falsch. Durch Misswirtschaft der Führungsclique um Maduro, Sabotage durch die reaktionäre Bourgeoisie, Sanktionen des US-Imperialismus und letztendlich vor allem durch die Weigerung, den Kapitalismus mit dem man sich in Konflikt begeben hat, abzuschaffen, ist die Wirtschaft Venezuelas zu großen Teilen zusammengebrochen und Elend breitete sich aus.

Maduro beantwortete das vor allem mit mehr Repression gegen und

Erhöhung der Ausbeutung der Arbeiter:innen. Absurd niedrige Löhne von teils wenigen Dollar im Monat sind in manchen Wirtschaftszweigen die Norm. Besondersbrisant: die Regierung Maduro stellt dem US-Unternehmen Chevron, einem der größten Ölkonzerne der Welt, Arbeitskräfte zu solch extremen Billiglöhnen zur Verfügung, damit das US-Unternehmen die venezolanischen Ölreserven ausbeuten kann. Das zeigt einerseits, wie inkonsequent Maduros angeblicher „Antiimperialismus“ (selbst reduziert auf den westlichen Imperialismus) ist, und andererseits, dass es verkürzt ist zu sagen, die USA würde einen weiteren „Krieg um Öl“ führen wollen. Im Gegenzug zu Wegfall der Sanktionen würde Maduro den US-Ölkonzernen vermutlich gute Teile der Ölreserven, zu für sie sehr vorteilhaften Bedingungen, einfach zur Verfügung stellen.

Trumps neue Strategie, um den US-Imperialismus „Great Again“ zu machen

Die Aggression gegen Venezuela ist also kein Kampf um Rohstoffe, sondernbettet sich ein in die Gesamtstrategie des US-Imperialismus in Trumps zweiter Amtszeit. So basiert diese v.a. auf einem Bruch mit der traditionellen imperialistischen Weltordnung, die lange Zeit die Hegemonie der USA sicherte, seit dem Aufstieg Chinas zur in etwa ebenbürtigen Großmacht jedoch zu einer Gefahr für diese wird. Die Softpower des Westens, für „Demokratie und Freiheit“ zu stehen, zieht nicht mehr. Bekam sie bereits mit den brutalen Angriffskriegen in Afghanistan und dem Irak Risse, brach sie mit der bedingungslosen Unterstützung für den israelischen Vernichtungskrieg in Gaza völlig zusammen. Trump hat das erkannt, und wechselt nun die Strategie: zurück zu einer plumpen Großmachtpolitik, die nicht mehr mit Verweis auf Demokratie sondern auf militärische Stärke versucht ihre Interessen durchzusetzen.

Ein strategischer Unterschied ist auch die Priorität die Trump setzt. So ist der Fokus nicht mehr eine weit entfernte Region, in den letzten Jahrzehnten v.a. der sog. Nahe und Mittlere Osten, und auch nicht eine direkte Konfrontation mit China in der Asien-Pazifik-Region, sondern die Sicherung der Hegemonialmacht vor der eigenen Haustür. So zu verstehen ist die geradezu

absurd anmutende Drohung, Grönland und Kanada „erobern“ zu wollen, sowie die ganz reale Politik gegenüber Panama, dieses mit Drohung, dass auch ein Militärangeck „möglich“ wäre, zu massiven Zugeständnissen zu zwingen. Dabei spielt er regelrecht damit, dass niemand so genau weiß, ob er nur blufft oder es ernst meint. Und damit das alle wissen, dass wenn er es ernst meint, sie in ernsthaften Schwierigkeiten sind. Die jüngste Eskalation gegen Venezuela ist eine Fortsetzung dieser Politik auf neuer Stufe. Trump redet nicht nur, er handelt. Er verlegt den größten Flugzeugträger der Welt und eine massive, potentielle Invasionsstreitmacht in die Region. Ob er sie auch tatsächlich einsetzt für eine Invasion Venezuelas? Man weiß es nicht. Aber er könnte es. Aber genauso gut kann es auch das Ziel sein, Maduro zu massiven Zugeständnissen und einem pro-US-amerikanischen Politikwechsel zu zwingen. Etwas, dass man historisch als „Kanonenbootdiplomatie“ bezeichnet, und was im späten 19. und frühen 20.Jahrhundert gängige imperialistische Praxis war.

Auch ist der innenpolitische Aspekt wichtig zu benennen. Der „Krieg gegen die Drogen“ dient Trump nämlich vor allem darum, seine eigene Wähler:innenschaft davon zu überzeugen, er führe keineswegs einen neuen „Foreign War“, sondern nutze das US-Militär einzig und alleine für die Sicherheit der US-Bürger:innen vor Drogenschmuggler:innen. Denn tatsächlich ist die Drogenkrise, vor allem in Bezug auf Fentanyl, ein großes Problem, dem jährlich zigtausende Menschen zum Opfer fallen. Das hat allerdings wenig zu tun mit einem eher imaginierten „Cartel de los Soles“ (Gruppen innerhalb der venezolanischen Sicherheitskräfte, die angeblich mit Kokain handeln, für die es aber kaum stichhaltige Indizien gibt) aus Venezuela, sondern mit den katastrophalen Lebensbedingungen, die die kapitalistische Krise in den USA, insbesondere in den Kernregionen der Republikanischen Partei in den Südstaaten, verursacht hat. Trotzdem dient die Fentanylkrise, die das Trumpsche Regime nicht im Stande ist zu lösen, als willkommender Grund, die imperialistischen Interessen gegen Venezuela, und impliziert mitgedroht gegen Kolumbien, Mexiko und womöglich andere zentralamerikanische Staaten wie Nicaragua, mit Gewalt durchzusetzen. Auch ist davon auszugehen, das der jüngste Vorschlag für einen Ukraine-„Deal“ mit den Aggressionen gegen Venezuela im Zusammenhang steht. So

ist Russland nämlich Venezuelas wichtigster militärischer Partner. Russische Spezialkräfte operieren dort und Russland stellt Militärtechnik und Beratung zur Verfügung. Es ist relativ wahrscheinlich, dass Trump nun versucht, im Gegenzug zur Erfüllung zentraler russischer Kriegsziele in der Ukraine, Putin dazu zu bringen, dem US-Militär in Venezuela freie Hand zu lassen.

Kampf den USA und allen anderen Imperialisten - Kein Vertrauen in Maduro!

Wir verteidigen Venezuela ohne jedes Wenn und Aber gegen den US-Imperialismus. Sollte es zu einer Invasion kommen, hoffen wir, dass es den venezolanischen Truppen und Milizen gelingt, die Yankees zurück ins Meer zu werfen - oder ihnen, falls sie sich festsetzen sollten, erneut die Bedeutung des Begriffs „Grüne Hölle“ vor Augen zu führen.

Gleichzeitig muss klar sein - wie es Marea Socialista, die venezolanische Sektion der Internationalen Sozialistischen Liga (mit der wir assoziiert sind), immer wieder betont hat -, dass Maduro und seine Regierung unfähig sind, den US-Imperialismus politisch oder militärisch entscheidend zu schlagen. Das Maduro-Regime ist kein Instrument der Befreiung, sondern ein Hindernis auf dem Weg des venezolanischen Volkes. Ein Hindernis, das überwunden werden muss. Auch wenn wir im Konflikt mit Trump objektiv auf derselben Seite wie Maduro stehen, dürfen wir im antiimperialistischen Kampf nicht hinter seiner Führung zurückfallen. Der Kampf gegen den US-Imperialismus muss zugleich ein Kampf gegen das Maduro-Regime sein. Die venezolanischen Arbeiter:innen und Jugendlichen müssen das Heft selbst in die Hand nehmen und in Betrieben, Schulen und Universitäten Strukturen der Selbstverwaltung aufbauen.

Die zivilen Milizen, die Maduro derzeit aus der Not heraus formiert, müssen sich der Kontrolle des Regimes entziehen und unabhängig kämpfen. Die einfachen Soldat:innen sollten sich von der regime-treuen Führung lossagen und ihre Kommandierenden demokratisch selbst wählen. Maduro muss fallen - aber nicht, um durch ein noch reaktionäreres, pro-US-Regime ersetzt zu werden, sondern durch eine Republik der Arbeiter:innenräte. Eine solche

Republik könnte die Verteidigung gegen den US-Imperialismus durch demokratische Arbeiter:innen- und Volksmilizen organisieren und zugleich mit einem gesamtgesellschaftlichen Plan zur Bedürfnisbefriedigung die Wirtschaft wieder aufbauen. Das venezolanische Öl muss den venezolanischen Arbeiter:innen gehören - nicht Chevron und nicht Rosneft (russischer Ölkonzern).

Dieser doppelte Kampf - gegen Imperialismus und gegen das Regime - muss Teil eines Kampfes in der gesamten Region sein. Im sogenannten „Hinterhof der USA“ muss die rote Fahne wehen! Raus mit jedem Imperialismus - und her mit den Sozialistischen Staaten von Süd- und Zentralamerika!

Für die Verbindung mit dem Kampf gegen die Trump Regierung!

Auch innerhalb der USA ist es wichtig, dass Arbeiter:innen und Jugendliche den Kampf gegen den US-Imperialismus als Teil ihres eigenen Kampfes gegen Trumps zunehmend bonapartistischer Regierung verstehen. Die Angriffe im Inneren - auf Löhne, Rechte und Lebensbedingungen - und die Angriffe nach außen gegen unterdrückte Länder gehören zusammen. Sie haben nur ein Ziel: die Machtstellung des US-Imperialismus in der Welt zu sichern. Damit Musk, Thiel, Bezos und Co. ihre immer absurder werdenden Vermögen noch weiter aufpumpen können, müssen sowohl die US-amerikanischen als auch die lateinamerikanischen Arbeiter:innen bezahlen. US-Arbeiter:innen müssen erkennen, dass Arbeiter:innen aus Venezuela oder Mexiko keine Gegner:innen, sondern ihre Verbündeten sind - im eigenen Land wie auch international. Trumps Hetze und die Angriffe von ICE liegen nicht in ihrem Interesse, sondern richten sich letztlich auch gegen sie selbst.

Insbesondere Migrant:innen aus Venezuela, die vor der Vereinigung geflohen sind, die sowohl durch US-Sanktionen als auch durch Maduros Misswirtschaft verursacht wurde, werden heute von ICE terrorisiert. Doch weder die Schikanen und Abschiebungen ihrer migrantischen Kolleg:innen noch Angriffskriege gegen süd- und zentralamerikanische Halbkolonien bringen den US-Arbeiter:innen irgendeinen Vorteil. Im Gegenteil: Sie

schaden ihnen!

Der eigentliche Feind der US-Arbeiter:innen ist die eigene Bourgeoisie. Ihr Ziel muss ihr Sturz sein, um zu verhindern, dass sich die Lebensbedingungen weiter verschlechtern. Gegen Wohnraummangel, Gesundheitskrise, Arbeitslosigkeit und andere Formen der Verelendung hilft keine imperialistische Machtpolitik - Klassenkampf hingegen schon.

Dafür muss sich die US-Arbeiter:innenklasse neu formieren. Wahlkampagnen wie die von Mamdani, die „No Kings“-Proteste und die erstarkende Gewerkschaftsbewegung können wichtige Ausgangspunkte sein. Entscheidend ist jedoch, eine eigene Partei aufzubauen: gegen den Bonaparten Trump und seinen Kronprinzen Vance, ebenso wie gegen die demokratische Elite - und für Sozialistische Staaten von Amerika. Und zwar an der Seite der venezolanischen, kolumbianischen und mexikanischen Arbeiter:innen!